

11. Mai 1946

(2. Ausgabe)

Parteitag - Sonderdienst

Berichtigung zum Wahlergebnis.

Es wurden nicht nur, wie mitgeteilt, 245 Stimmen abgegeben, sondern 250 (von 253 insgesamt anwesenden Delegierten). Fünf Stimmen waren jedoch ungültig.

Entnazifizierung.

Es gab keine Meinungsverschiedenheit darüber, dass die SPD eine durchgreifende Entnazifizierung fordern und betreiben müsse. Jedoch erörterte eine temperamentvoll geführte Diskussion die Frage, in welchem Umfange die Jugend vollständig aus den Massnahmen zur Entnazifizierung herausbleiben müsste. Es wurde wieder der bereits in der Generalaussprache wiederholt vertretene Gedanke betont, dass die Jugend die Chance haben müsse, ihr Leben unter den neuen demokratischen Voraussetzungen neu zu beginnen.

Einnützig nahm der Parteitag eine Entschliessung an, in der es kritisiert wurde, dass nicht sofort nach dem Zusammenbruch eine umfassende Fahndung nach allen Schuldigen einsetzte. Die zögernde Durchführung der Entnazifizierung hat die notwendige beschleunigte Selbstreinigung leider verhindert und habe tiefes Misstrauen im deutschen Volke entstehen lassen. Darum wurden sofortige Massnahmen verlangt, die zur Aufspürung aller derer führen, die Deutschland die Verachtung der ganzen Welt eingetragen haben, der Mörder der SS und SA, der Peiniger in den KZ-Lagern, der Richter, die auf Befehl urteilten und der Vollstrecker der Todesurteile. Wer aktiv an verantwortlicher Stelle für den Nationalsozialismus tätig war, soll getroffen werden, gleichgültig, ob er Mitglied der Partei war oder nicht. Geschlossene Nazisiedlungen sind endlich aufzulösen. Wer von den Aktiven noch immer besser wohnt als die Opfer des Nationalsozialismus, soll endlich seine Wohnung räumen. Kein Nazi ist unersetzlich. Die Mitläufer aber sollen Gelegenheit erhalten, ihre Mitschuld durch Teilnahme am Neubau Deutschlands zu sühnen. Sie sollen zerstörte Städte wieder aufbauen und sollen sich freiwillig an jeder sozialen Arbeit beteiligen.

Die um Jugend und Glauben betrogene Generation habe ein Recht darauf, so sagt die Entschliessung, dass alle Schuldigen nach der Schwere ihrer Schuld zur Rechenschaft gezogen werden. Die jungen, von der Propaganda des Nationalsozialismus und Militarismus verführten Menschen aber, soweit sie nicht Aktivisten waren oder kriminell belastet sind, betrachtet die Sozialdemokratische Partei als nicht verantwortlich. Sie will darum allen jungen Menschen helfen, ihr Eigenleben im neuen demokratischen Deutschland wieder aufzubauen und damit die Zukunft des deutschen Volkes mitzugestalten.

Der Parteivorstand konstituiert.

In einer Pause, die am Vormittag des dritten Verhandlungstages eingelegt wurde, trat der neu gewählte Parteivorstand zu einer ersten

Sitzung zusammen. Er wählte, wie Schumacher vor dem Parteitag mitteilte, zwei Stellvertreter des Vorsitzenden und zwar Erich Ollenhauer zum ersten und Willi Knothe aus Frankfurt am Main zum zweiten Stellvertreter. Der Parteitag billigte diese Wahl.

Zugleich wurde mitgeteilt, dass die Kontrollkommission Schönfelder aus Hamburg zu ihrem Vorsitzenden und Wittrock aus Kassel zu seinem Vertreter bestellt hat.

Im weiteren Verlaufe des Parteitages wurde der gewählte Vorstand ermächtigt, aus regionalen Gründen bis zu drei Mitglieder mit dem Vorstand zu kooptieren. Die Zugehörigkeit dieser Zugewählten soll bis zur nächsten Wahl des Parteivorstandes gelten.

Der nächste Parteitag.

Es lag nur ein Vorschlag vor, der den Ort des nächsten Parteitages nach Frankfurt am Main verlegt wissen wollte. Der Parteitag stimmte zu und nahm die Einladung der Hessischen Organisation an.

Beamte müssen politisch sein.

In der Geschichte der Weimarer Republik hat sich erwiesen, dass der Beamte, der für sich in Anspruch nimmt, politisch neutral sein zu müssen, immer zugleich reaktionär war. Die SPD zieht aus dieser Erfahrung, die zu bitteren Vorkommnissen geführt hat, jetzt den Schluss gezogen, sich mit aller Entschiedenheit gegen den Grundsatz zu wehren, dass die Beamten sich nicht politisch betätigen dürften. In einer Entschliessung, die vom Bezirk Hamburg vorgelegt wurde und die die einstimmige Annahme fand, forderte der Parteitag, anzuerkennen, dass es Aufgabe und Pflicht der Beamten sein müsse, am Leben der politischen Parteien unmittelbar teilzunehmen.

Hilfe für die Ernährung gefordert.

Es kann kein Zweifel sein, dass die Ernährungskrise das grösste Hindernis für eine gesunde Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Deutschland ist. Zuerst aber, so heisst es in einer Entschliessung, die vom Parteitag der SPD in Hannover angenommen wurde, sei es die Pflicht der deutschen Landwirtschaft, dem Volke zu helfen. Eine monopolistische Ausbeutung der Abhängigkeit anderer Teile des deutschen Volkes durch die Produzenten der Nahrungsmittel könne nicht geduldet werden. Die Landwirtschaft andererseits müsse Arbeitskräfte, Geräte, Maschinen, Motoren, Kunstdünger und Saatgut in ausreichendem Umfange bekommen, damit sie produzieren könne. Die SPD tritt entschieden für die Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Unterbewertung der Landarbeit ein. Sie wolle, um der Steigerung der Leistung willen und um das Ansehen der Landwirtschaft zu stärken, notfalls auch einen Betrieb in die Hand eines lesseren Wirtes geben, wenn der bisherige Besitzer seine Pflichten nicht voll erfüllt und sich nicht in die Notwendigkeiten fügt, die sich aus der Lage des deutschen Volkes für ihn ergeben.

Deutlich wandte sich die Entschliessung gegen die getarnten Überreste des Reichsnährstandes. Seine Befugnisse sind voll auf die staatlichen, demokratisch kontrollierten Behörden zu übertragen.

Gruss an die Flüchtlinge.

In einer besonderen Entschliessung entbot der Parteitag der SPD den Ostflüchtlingen und den sudetendeutschen Sozialdemokraten seinen Gruss. Sie haben viel verloren, so heisst es in der Entschliessung, aber sie haben ihre politische Heimstätte, die deutsche Sozialdemokratie behalten. Nun seien sie aufgerufen, an ihren neuen Wohnsitzen in der alten Partei mitzuarbeiten.

Gründliche Schulung.

In der Zeit des Nationalsozialismus entstanden keine Schulen zur politischen Schulung und zur Forschung politischer oder gesellschaftlicher Phänomene. Ordensburgen waren das Gegenteil dessen was einem politisch interessierten und zu bildenden Volke nötig gewesen wäre. Der Parteitag der SPD, der erste seit dem Zusammenbruch des braunen Regimes, befasste sich mit mehreren Anträgen, die eine gründliche Schulung des politischen Nachwuchses und des bereits amtierenden Funktionärs zum Ziele hatten. Der Unterschied ist deutlich. Es kommt auf sachliche Arbeit, auf Kenntnisse und auf das Können an und nicht auf Parteitheatralik und Pathos. Eine Parteischule für Forschung, und Lehre auf den Gebieten der Oekonomie, Soziologie, Sozialpsychologie und Philosophie soll errichtet und ihr soll eine Abteilung zur systematischen Erforschung der öffentlichen Meinung und ihrer wirksamsten Bildung angegliedert werden. Vor allem sollen dort Wirtschaftsführergeschult werden. Die Schule soll dazu helfen, die Voraussetzungen für die Verwirklichung der Forderung nach Sozialisierung zu schaffen.

Die Referate des Parteitages

sollen, so wünschte es der Parteitag, so bald wie möglich im Druck erscheinen, um eine möglichst weite Verbreitung zu erreichen. Es handelt sich dabei um das Referat von Dr. Kurt Schumacher "Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie" und um das Referat von Dr. Victor Agartz über "Sozialistische Wirtschaftspolitik".

Kohle ist der Anfang.

Wenn in Deutschland wieder aufgebaut werden soll, muss Kohle vorhanden sein. Sie gibt den Fabriken Arbeitsmöglichkeit, sie schafft Energie, sie ist die erste Vorbedingung jeglicher Arbeit. Die Kohlenförderung aber, so stellte eine Entschliessung auf dem Parteitag der SPD fest, ist seit dem Januar dieses Jahr um rund 15 Prozent zurückgegangen und zwar, weil die Bergarbeiter zu schlecht ernährt sind, weil sie zu gering entlohnt werden und weil die ins Ruhrgebiet gebrachten auswärtigen Arbeiter keine genügenden Wohnmöglichkeiten haben. Der Parteitag forderte darum alle Behörden auf, diese Ursachen zu beseitigen. Die Lebensmittelrationen müssten mindestens wieder auf den Stand vom Januar 1946 gebracht werden und zwar für die Bergarbeiter und ihre Familien. Es müssten schärfste Massnahmen zur Abgabe der Agrarprodukte getroffen werden und jede Tauschaktion sei zu unterbinden. Im kommenden Jahre müssten ähnliche chaotische Zustände auf dem Lebensmittelmarkt wie in diesem verhindert werden. Der Reallohn des Bergarbeiters müsse gesteigert werden durch Steuererleichterungen, durch Lohnzuschüsse für die von auswärts gekommenen Bergarbeiter, durch Verbilligungsscheine für die Küchenverpflegung und durch Klärung der Situation des Bergbaues, der sozialisiert werden sollte. In grossem Umfange sollen die Provinzen und Länder dazu beitragen, die erforderlichen Hilfsmassnahmen zu ermöglichen.

Junge Sozialisten - junge Aktivisten.

Die Jugend, auch die bis in das vierte Jahrzehnt hinein (zwischen 30 und 40 Jahre alt) bedarf im Sinne der sozialistischen Theorie einer umfassenden Schulung und praktischen Erziehung. Der Parteitag der SPD forderte darum die Untergliederungen der Partei und die Ortsvereine auf, die Mitglieder zwischen dem 18. und 35. Lebensjahr zu "Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften" zusammenzufassen und ihnen dort Gelegenheit zu geben, das geistige Rüstzeug für die politische Arbeit zu gewinnen. Jede geistige Arbeit aber habe nur dann Sinn, wenn die jungen Sozialisten zugleich Aktivisten in der Parteiarbeit sind.

Wieder deutsche Polizei.

Die britische Militärregierung hat in Zuge grundsätzlicher Verwaltungsmaßnahmen in ihrer Zone die Polizei und die Justiz aus der deutschen Verwaltung ausgegliedert. Gegen diese Massnahme wurde auf dem Parteitag der SPD entschieden Einspruch erhoben. Schumacher hatte bereits in seinem Hauptreferat scharf gegen die Gefahr Stellung genommen, dass die Polizei wieder ein Herd des Militarismus werde und hatte gesagt, dass er glaube, dass in diesem Lande die Polizei bereits wieder die Keinzelle einer schwarzen Reichswehr sei. In diesem Sinne lag dem Parteitag eine Entschliessung vor, die forderte, dass der Parteivorstand alles tue um zu erwirken, dass Justiz und Polizei wieder der Kontrolle deutscher Behörden unterstellt würden.

Schumacher schliesst den Parteitag.

Mit einem starken, sich immer wiederholenden Bekenntnis zu den Grundsätzen und Praktiken der Demokratie schloss der nun von einem ordentlichen Parteitag zum ersten Vorsitzenden der SPD gewählte Dr. Kurt Schumacher den ersten Kongress der Sozialdemokratie in Deutschland.

Die SPD, so sagte Schumacher, halte fest an ihren überkommenen grossen und unveräusserlichen Ideen, sie halte fest am Marxismus als Methode, die die besten Erkenntnisse der künftigen Chancen ermögliche. Die Partei sei nicht konservativ gegenüber Ideen oder Personen, sondern begreife, dass die Methode des Marxismus den Weg zum Aufstieg erschliesse. Dabei erstarre sie nicht im Materiellen.

Die ständig auftauchenden neuen Probleme gestatteten es noch nicht, ein Programm vorzulegen. Noch habe in Deutschland keine deutsche politische Kraft die Macht. Die Macht im heutigen Deutschland sei vielmehr nur eine verschiedenartige Schattierung der Ohnmacht (Beifall). Aber es fehle auch noch am sozialistischen Aktionswillen in den unteren Gliederungen, in den Ortsvereinen. Die Deutschen hätten seit Jahrhunderten einen Komplex des Führungsbedürfnisses. Jetzt müsse in der letzten und kleinsten Gemeinde gezeigt werden, dass die Männer unseres Vertrauens, so sagte Schumacher, mit eigenen Gedanken und Entscheidungen die sozialistische Sache vertreten und fördern. Jetzt komme es auf die konkrete Handlung, nicht auf Programme an.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei das nächste Ziel. Sie sei nicht nur eine Verstaatlichung, sondern eine Mannigfaltigkeit der Betriebsformen werde insgesamt sozialistische Grundsätze beachten können und müssen. Es sei nicht das Eigentum schlechthin, das die Klassengrenzen schaffe. Die SPD anerkenne viele Formen des privaten Eigentums. Jedes Eigentum aber, sei es auch noch so klein, müsse im Dienste der Allgemeinheit stehen, zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet werden. Die Interessen der Allgemeinheit müssten in jedem Falle vorgehen. Die SPD lasse jedem sein Eigentum, der es nicht gegen die Interessen der Gemeinschaft verwende oder verwerte, aber sie entbinde niemand von der Pflicht, an der grossen allgemeinen Last mitzutragen, die den deutschen Volke durch das Verbrechen des Nationalsozialismus und des Militarismus aufgebürdet wurde.

Wenn in der SPD jeder so arbeite und sich so verhalte, dass er selbst alsbald überflüssig sei, weil neue Kräfte, junge vor allem bereit seien, dann bleibe sie was sie sei, das beste Stück deutscher Geschichte in den letzten Jahrzehnten, trotz aller Fehler, die sie begangen habe. (Lebhafter Beifall). Es müssten immer die Probleme des Tages und der Zukunft sein, die in Meinungskämpfen auszutragen seien. Dieser Kampf sei dann nicht zu scheuen und nicht zu fürchten. Denn eine recht geführte Sozialdemokratie, an deren Spitze die Persönlichkeit stehen müsse und nicht der Parteiapparat herrsche, werde mit der Kraft ihrer

Ideen und dem wachen Sinn-für das Mögliche immer erfolgreich sein. Die Tat entscheide in der nächsten Zukunft mehr als jemals vorher. Es sei viel Zeit verloren gegangen in den letzten Monaten, nicht durch die Schuld der SPD. Schuld am deutschen Unglück sei die Klassenpolitik des deutschen Grossbesitzes und der Nationalismus und Militarismus als ihre Ausdrucksformen. Schuld aber an der aktuellen Situation in Deutschland seien die Besatzungsmächte (starker Beifall). Am Beispiel der Behandlung der Frage des Beamtentums erläuterte Schumacher die Methode, die nicht richtig sei. Sollen denn Typen vom Schlage des Staatssekretärs Meissner unsterblich sein? - so rief er aus und fand erneute lebhaftige Zustimmung. Er wandte sich in unmittelbarer Anrede an die Vertreter Grossbritanniens: Wenn wir diesen Weg weitergehen, dann schaffen Sie den Meissner-Typ als Sinnbild der fünften Aera der modernen deutschen Geschichte.

Die SPD sei und bleibe unabhängig gegenüber den Exponenten des Kapitalismus, gegenüber den vereinigten Kommunisten und gegenüber allen Militärregierungen. Die Partei werde ihren Sinn und Zweck verloren haben, wenn sie einmal in der Politik so funktionieren sollte wie die KPD als Beauftragte der östlichen Besatzungsmacht. Wenn das grosse Problem, das mit deutscher Kraft nicht gelöst werden könne und dessen Lösung darauf beruhe, dass die Siegermächte sich auf einen gemeinsamen Generalnenner gegenüber Deutschland einigten, nicht anders angepackt werde, dann müsse die SPD auch unter den heute noch so schwierigen Umständen aktiv werden. Die Zeit des Abwartens und des Geschehenlassens sei verüber. Die sozialistische Aufgabe müsse jetzt angefasst werden, regional und lokal. "Wir werden mit unserer Forderung nicht mehr Worte machen, wir wollen die Sozialisierung der Schwerindustrie, wir wollen die Bodenreform. Hunger sei Faschismus. Der Gefahr der Reaktivierung der faschistischen Massen müsse begegnet werden. Nichts habe die SPD mit dem neuen Nationalismus gemein, der eine Gefahr sei für Deutschland und die Welt.

Schumacher wandte sich mit dieser Parole der Auseinandersetzung um die Vereinigung der Arbeiterparteien zu und sagte etwa: Wir wollen die realen Ursachen der Spaltung wegräumen. Wir wollen die Einheit!

Das letzte Hindernis jedoch könne nur das Agreement der Siegermächte beseitigen. Für die SPD gelte nach immer das Wort "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Heute aber hätten sich die Nationalisten vereinigt. Die SPD wolle mit allen Siegermächten zusammenarbeiten, sie wolle auch mit der Sowjetunion zusammenarbeiten. Sie habe keine Reservate gegenüber diesen Notwendigkeiten. Sie fühle keine Feindseligkeiten gegenüber diesem Lande, das unter dem Hitler-Krieg so schwer gelitten habe. Aber wenn die SPD auch nicht die Spur einer Feindschaft fühle - ihre Selbständigkeit lasse sie sich auch von diesem Lande nicht nehmen.

Jedoch auch andere Länder trieben ein besonderes Spiel und mit Aufmerksamkeit müsse verfolgt werden, was im Rheinland und im Westen vor sich gehe. Der Mangel an notwendiger politischer Intelligenz scheint nicht ein deutsches Reservat zu sein. Sehr scharf wandte sich Schumacher gegen die Separatisten: Auf sie wenden wir die Spielregeln der Demokratie nicht an, sie sind das feindliche Prinzip an sich, sie verständigen sich an ihrem Lande, an der Menschheit und am Frieden. Ungewöhnlich starker Beifall unterstrich diese Worte.

Die Sozialdemokratie aber sei und bleibe der Friede. Sie kämpfe und sie werde sich durchsetzen!

Der Parteitag antwortete auf dieses Schlusswort Schumachers mit einer lebhaften Ovation, die dem Manne und die den Idealen galt, für die er der Sprecher war. Nach 12-jährigen Kämpfen und opferreichen Jahren war diese Kundgebung zum ersten Male wieder ein eindrucksvolles Bekenntnis der kämpfenden Sozialisten und der Internationale, von allen Anwesenden stehend gesungen, war der Ausdruck des Bewusstseins der Verbundenheit der deutschen Sozialdemokratie mit allen Gesinnungsgenossen in allen Ländern.